# Akzeptiert die Öffentlichkeit Klimapolitik? Nur, wenn sie der Regierung vertraut

Christina Toenshoff
24th April 2025



**Das Regierungsvertrauen beeinflusst die öffentliche Meinung über die Klimapolitik stark. Im Folgenden argumentiert Christina Toenshoff, dass die öffentliche Akzeptanz der Klimapolitik davon abhängt, inwieweit die Öffentlichkeit darauf vertraut, dass ihre Regierung die Klimapolitik fair, effektiv, frei von Korruption, legitim und glaubwürdig auswählt und umsetzt. Regierungsvertrauen ist daher so wichtig, weil Klimapolitik immer eine Form von staatlichen Eingriffen beinhaltet.**




Umfragedaten zeigen, dass höheres Vertrauen in die Regierung stark positiv

mit der öffentlichen Unterstützung für verschiedene klimapolitische Massnahmen, wie CO2-Steuern und einem Verbot von Kohlekraftwerken, korreliert. Zudem reagieren Bürger:innen, die der Regierung vertrauen, positiver auf politische Massnahmen, die darauf abzielen, gesellschaftlich Schwächere für die Kosten der Klimapolitik zu entschädigen. Im Folgenden werden auch konkrete Massnahmen, die das politische Vertrauen und damit die Unterstützung für die Klimapolitik erhöhen könnten, diskutiert. Dazu gehören unter anderem Massnahmen zur Korruptionsbekämpfung und eine breitere Beteiligung von Bürger:innen.

#### Klimapolitische Präferenzen: die Rolle des Vertrauens in die Regierung

Wähler:innen in vielen Ländern machen sich zunehmend Sorgen über den Klimawandel. Dennoch sind klimapolitische Massnahmen oft unpopulär und können starke öffentliche Gegenreaktionen auslösen. Sozialwissenschaftler:innen haben wichtige Gründe für die Unpopularität der Klimapolitik festgemacht, von ihren Verteilungsfolgen bis hin zur Skepsis der Öffentlichkeit am menschengemachten Klimawandel.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist Vertrauen in die Regierung. Klimapolitik erfordert den Eingriff des Staates in die Wirtschaft: die Regierung muss Verbrauch und Produktion weg von umweltschädlichen Industrien lenken, oder wenige umweltschädliche Alternativen fördern. Bürger:innen akzeptieren diese Steuerung der Märkte eher, wenn sie darauf vertrauen, dass ihre Regierung Massnahmen gut auswählt und umsetzt.

Staatliche Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels werden sehr unterschiedlich gestaltet. Regierungen können direkt regulieren, wie viel CO2 bestimmte Akteure ausstossen dürfen, oder einen Preis für Emissionen festsetzen. Sie können bestimmte Technologien, die nicht klimafreundlich sind, gänzlich verbieten oder umweltfreundlichere Alternativen subventionieren. Sie können durch grüne Industriepolitik bestimmte Sektoren direkt fördern oder die Kosten von Klimapolitik durch Entschädigungen ausgleichen. Unabhängig von den Details der Politik bedeutet eine wirksame Klimapolitik in der Regel, dass die Rolle des Staates bei der Steuerung der Wirtschaft wächst.

Ob die Öffentlichkeit die Klimapolitik akzeptiert oder nicht, hängt also in hohem Masse davon ab, ob sie der Regierung zutraut, Massnahmen gut auszuwählen und umzusetzen. Daher muss die Öffentlichkeit überzeugt sein, dass die Regierung in der Lage ist, Klimapolitik effizient, gerecht und frei von Korruption umzusetzen. Auch müssen die Bürger darauf vertrauen, dass die Instrumente der Klimapolitik politisch legitim ausgewählt werden. Schliesslich muss die Klimapolitik glaubwürdig sein: Bürger:innen müssen darauf vertrauen können, dass die Regierung versprochene Massnahmen langfristig beibehält.

Dieser Bericht präsentiert empirische Belege für die Aussage, dass das Vertrauen in die Regierung die Unterstützung für die Klimapolitik beeinflusst. Zunächst stütze ich mich dabei auf experimentelle und beobachtende Umfrageergebnisse, welche zeigen, dass politisches Vertrauen die Unterstützung für klimapolitische Massnahmen zur Verringerung von CO2-

Emissionen, wie Steuern auf fossile Brennstoffe und ein Verbot von Kohle in der Energieerzeugung, moderiert. Anschliessend zeige ich, dass das Vertrauen in die Regierung auch die Reaktion der Öffentlichkeit auf Massnahmen beeinflusst, die Haushalte für die Kosten der Klimapolitik entschädigen. Abschliessend diskutiere ich auf Grundlage bestehender Forschung verschiedene Ansätze, wie politische Entscheidungsträger:innen die öffentliche Unterstützung für klimapolitische Massnahmen fördern können, indem sie das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung stärken.

**Vertrauen in die Regierung erhöht die öffentliche Unterstützung für Klimapolitik**

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat basierend auf experimentellen Daten wie auch auf Beobachtungsdaten umfangreiche Belege für einen engen Zusammenhang zwischen politischem Vertrauen und Einstellungen zur Klimapolitik. Malcolm Fairbrother (2016) präsentiert einen überzeugenden Überblick über die Forschungsergebnisse zu verschiedenen Arten von Vertrauen. Er gelangt zum Schluss, dass Misstrauen gegenüber Politikern „allgegenwärtig" ist und selbst bei denjenigen, die an die Klimaforschung glauben und über den Klimawandel besorgt sind, zu einer Ablehnung staatlicher Massnahmen führt.

Umgekehrt führt der Glaube an den Klimawandel bei denjenigen, die der Regierung nicht vertrauen, nicht zu mehr Unterstützung für Klimapolitik (Fairbrother, Sevä & Kulin 2019). Es reicht also nicht aus, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass der Klimawandel real ist, um Unterstützung für Klimapolitik zu gewinnen.

Welche Faktoren prägen das Vertrauen in die Regierung? Ein nicht überraschender Faktor ist die Qualität der Institutionen eines Landes. Davidovic und Harring (2020) messen diese Qualität anhand von drei Variablen: Korruption, Recht und Ordnung und bürokratische Qualität. Sie vergleichen dann die öffentliche Meinung in 23 europäischen Ländern und zeigen, dass politisches Vertrauen ein Zwischenschritt zwischen der Qualität der Institutionen und der öffentlichen Meinung zur Klimapolitik ist. Je besser die Qualität der politischen Institutionen, desto höher ist das durchschnittliche Niveau des politischen Vertrauens in der Bevölkerung und desto grösser ist die Akzeptanz der Klimapolitik.

Viel Forschung zum Thema Vertrauen konzentriert sich auf bestimmte Arten der Klimapolitik. Starke Belege gibt es für einen positiven Zusammenhang zwischen politischem Vertrauen und der Unterstützung von $CO_2$-Steuern (z. B. Hammar & Jagers, 2006; Davidovic & Harring, 2020). Umgekehrt haben Experimente gezeigt, dass Massnahmen, die $CO_2$-Steuern schmackhaft machen sollen, wie etwa Steuersenkungen in anderen Bereichen, dann unwirksam sind, wenn Bürger:innen ihrer Regierung misstrauen (Fairbrother, 2017).

Isabela Mares, Kenneth Scheve und ich haben im Jahr 2021 eine repräsentative Umfrage unter etwas mehr als 2000 deutschen Erwachsenen durchgeführt, um die Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen politischem Vertrauen und Klimaeinstellungen zu ergänzen. Die meisten Umfragen zu politischem Vertrauen basieren auf Fragen, in denen die Befragten gebeten werden, ihr Vertrauen in eine Reihe von Institutionen zu bewerten. Wir verfolgen einen anderen Ansatz und messen eine wichtige Folge des politischen Vertrauens: die Überzeugung,

dass staatliche Eingriffe in die Wirtschaft angemessen und effektiv sind. Dieser Glaube an staatliche Eingriffe ist eng mit dem Vertrauen in die Regierung verbunden. Diejenigen, die nicht glauben, dass man der Regierung zutrauen kann, die Politik gut umzusetzen, sind wahrscheinlich nicht der Meinung, dass die Regierung eingreifen sollte, um die Wirtschaft zu steuern.

Wir verwenden Fragen, die entwickelt wurden, um die Unterstützung für staatliche Eingriffe zu messen. Mit diesen Fragen wird die Unterstützung der Bürger:innen für sechs verschiedene Arten von staatlichen Eingriffen in anderen Bereichen als der Umweltpolitik abgefragt. Je mehr Arten von Eingriffen die Befragten unterstützen, desto höher ist ihr Vertrauen in die Regierung. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die resultierende Einstufung nicht einfach erfasst, ob eine Person politisch linksgerichtet ist. Einige Bereiche staatlicher Interventionen, nach denen wir fragen, wie z. B. die Aufrechterhaltung der Preisstabilität, werden in der Regel eher von rechtsgerichteten Wähler:innen unterstützt. Darüber hinaus sind die Beziehungen zwischen unserem Mass für den Glauben an staatliche Interventionen und der Klimaeinstellung robust gegenüber der Einbeziehung von Variablen, die die Links-Rechts-Ideologie messen.

Deutschland stellt einen schwierigen Fall dar, um das Vertrauen in die Regierung zu untersuchen. Deutschland ist ein Land mit hoher institutioneller Kapazität und Qualität und somit hohem politischen Vertrauen. Wahrscheinlich ist dies der Grund dafür, dass die Zustimmung zu staatlichen Eingriffen in unserer Stichprobe relativ hoch ist. Das rechte untere Feld in Abbildung 1 zeigt die Verteilung der Unterstützung der Befragten von staatlichen Eingriffen. Die meisten Befragten zeigen ein hohes Mass an Unterstützung, und nur sehr wenige unterstützen keine Form der staatlichen Intervention.

Nichtsdestotrotz erlaubt uns die Variation in der Unterstützung für staatliche Eingriffe zu untersuchen, wie diese Unterstützung und damit das Vertrauen in die Regierung mit der Unterstützung für Massnahmen zur Emissionsreduzierung korreliert.

Die oberen Felder in Abbildung 1 zeigen die Beziehung zwischen unserer Variable für Vertrauen und der Unterstützung für Steuern auf fossile Brennstoffe (oben links) und dem von den Befragten bevorzugten Jahr für den Ausstieg Deutschlands aus der Energiegewinnung aus Kohle (oben rechts). Die Abbildungen zeigen Vorhersagen, die auf statistischen Analysen basieren, die demografische Variablen wie Alter, Region, Geschlecht und Einkommen berücksichtigen. Die Linien in den Grafiken zeigen den erwarteten Grad der Unterstützung bzw. das bevorzugte Jahr für den Kohleausstieg für einen 50-jährigen männlichen Einwohner Bayerns mit einem mittleren Einkommen. Andere demografische Gruppen haben unterschiedliche Ausgangsniveaus der Klimapräferenzen, aber die Steigung der Beziehung zwischen der Unterstützung staatlicher Eingriffe und den klimapolitischen Einstellungen ist allgemein gültig. In allen Gruppen ist eine höhere Unterstützung für staatliche Eingriffe mit einer höheren Unterstützung für Steuern auf fossile Brennstoffe verbunden. Wir stellen ausserdem fest, dass Personen mit einer höheren Unterstützung für staatliche Eingriffe einen früheren Ausstieg aus der Kohleenergie bevorzugen und eher an einen menschengemachten Klimawandel glauben.

**Abbildung 1. Umfrageergebnisse aus Deutschland zeigen, dass Vertrauen in die Regierung und Glaube an menschengemachten Klimawandel negativ korrelieren. Dies könnte die Ursache von generellem Misstrauen in Eliten inklusive Wissenschaftler:innen sein**

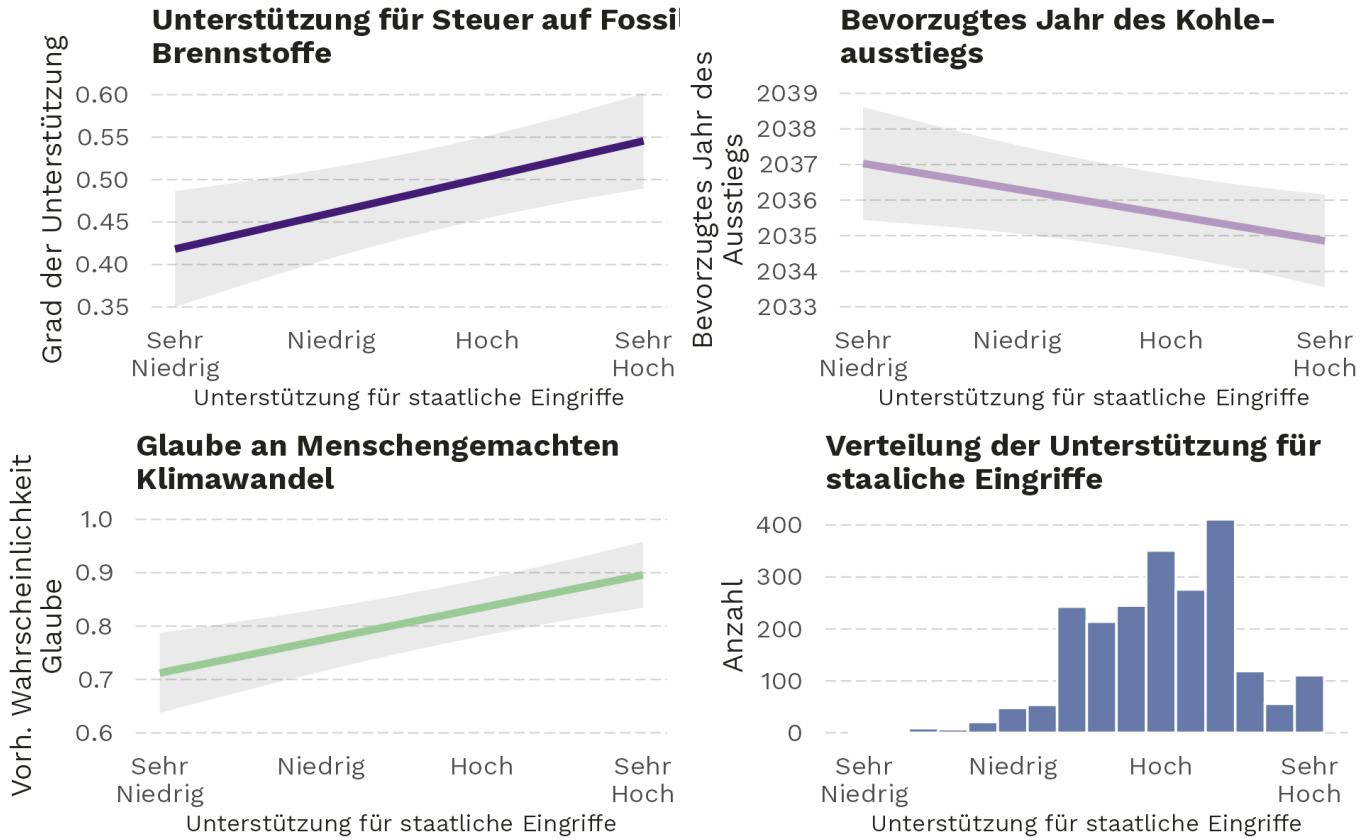



Abbildung: Alix d'Agostino, DeFacto

All diese Belege deuten darauf hin, dass politisches Vertrauen die öffentliche Meinung zur Klimapolitik beeinflusst.

Dies hat praktische Folgen für Klimapolitik, denn geringes politisches Vertrauen, das zu einem Mangel an öffentlicher Akzeptanz führt, kann eine wirksame Klimapolitik ernsthaft behindern. Empirische Studien haben gezeigt, dass öffentlicher Widerstand gegen Klimapolitik zu einer Umkehr von Klimapolitik, zur Ablehnung von Klimapolitik in Referenden sowie zur Wahl weniger klimafreundlicher Regierungen führen kann (Fairbrother, 2016).

**Vertrauen in die Regierung erhöht positive Reaktionen auf Kompensationsmassnahmen**

Neben Massnahmen zur Emissionsreduzierung fügen Regierungen häufig Kompensationsmassnahmen hinzu, die die potenziellen Verlierer von Klimapolitik entschädigen und die Akzeptanz von Klimamassnahmen erhöhen sollen, da diese als gerechter empfunden werden.

Unsere Umfrage in Deutschland zeigte, dass das Vertrauen in die Regierung die Reaktion der Öffentlichkeit auf Ausgleichszahlungen beeinflusst, insbesondere auf Ausgleichszahlungen für Haushalte, die aufgrund der Klimapolitik mit höheren Energiekosten konfrontiert werden könnten. Unsere Umfrage enthält mehrere Experimente, die testen, wie die Teilnehmenden auf verschiedene Arten von Ausgleichszahlungen reagieren.

Im ersten Experiment wurden die Teilnehmenden gebeten, zwischen zwei politischen Kandidaten zu wählen (s. Abb. 2, linke Seite). Wir variierten unter anderem, welche Art von Energiepolitik diese Kandidat:innen vorschlagen: eine Fortführung der Energiewende im derzeitigen Tempo, eine Verlangsamung der Energiewende, eine Subventionierung von Unternehmen mit hohen Energiekosten oder eine Subventionierung der Energiekosten von Haushalten mit niedrigem Einkommen. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Verlangsamung der Energiewende bei den deutschen Wähler:innen unpopulär ist, während ein Ausgleich für hohe Energiekosten, der auf einkommensschwache Haushalte abzielt, die allgemeine Unterstützung für politische Kandidat:innen erhöht. Dieser Effekt ist jedoch bei denjenigen, die an staatliche Eingriffe glauben, viel stärker ausgeprägt (hier schwarz markiert).

In einem zweiten Experiment testeten wir, welche Arten der Entschädigung für Haushalte am beliebtesten sind. Dazu baten wir die Teilnehmenden, zwischen zwei klimapolitischen Plänen zu wählen. Wir variierten verschiedene Attribute der Pläne, insbesondere die Arten der Entschädigung für Haushalte. Die Ergebnisse sind auf der rechten Seite von Abbildung 2 dargestellt. Sie zeigen, dass Pläne, die keine Entschädigung vorsehen, weit weniger beliebt sind als Pläne, die eine gewisse Entschädigung vorsehen. Ausserdem bevorzugen die Teilnehmenden eine progressive Entschädigung gegenüber Pauschalzahlungen. Auch hier wird die Reaktion der Teilnehmenden auf die Entschädigung durch ihre Einstellungen zu staatlichen Eingriffen moderiert: Diejenigen, die glauben, dass staatliche Eingriffe wirksam und angemessen sind, reagieren deutlich negativer auf Massnahmen ohne Entschädigung und zeigen eine stärkere positive Reaktion auf Massnahmen, die eine progressive Entschädigung bieten.

**Abbildung 2. Umfrageergebnisse zu Kompensationspräferenzen in Deutschland**

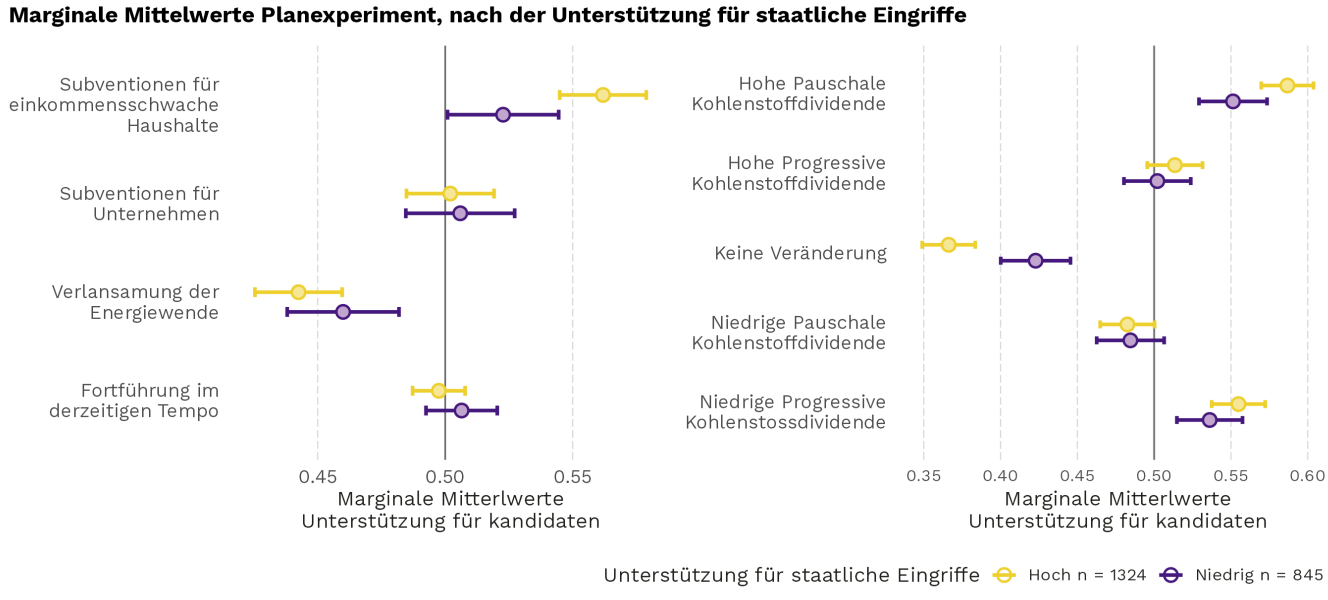



Abbildung: Alix d'Agostino, DeFacto

Diese Ergebnisse bestätigen, dass politisches Vertrauen die Reaktion der Öffentlichkeit auf verschiedene Teile der Klimapolitik stark beeinflusst.

**Wie können politische Entscheidungsträger:innen das öffentliche Vertrauen in die Regierung stärken?**

Es gibt Möglichkeiten, Klimapolitik vertrauenswürdiger zu machen. Im Idealfall sollte sich eine höhere Vertrauenswürdigkeit in einem höheren politischen Vertrauen niederschlagen. Die Frage, wie eine Regierung vertrauenswürdiger werden kann, hängt von der Ursache des Misstrauens ab. Tabelle 1 fasst einige mögliche Ursachen für Misstrauen zusammen und verbindet sie mit Beispielen für praktische Lösungen.

**Tabelle 1. Ursachen für Misstrauen und Politische Lösungen**

| Ursache für Misstrauen | Beispiele für politische Lösungen |
|---|---|
| Wahrgenommene ineffektiven Bürokratie | Einstellung unparteiischer Bürokrat:innen |
| Wahrgenommene hohe Korruption | Offenes und transparentes öffentliches Auftragswesen |
| Mangel an Gerechtigkeit und politischer Legitimität | Einbezug der Zivilgesellschaft in die politische Entscheidungsfindung |
| Mangelnde Glaubwürdigkeit, dass politische Maßnahmen auf Dauer bestehen | Schwer umzustossende Gesetze und die Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften |

Eine umfangreiche Literatur in den Sozialwissenschaften hat untersucht, was politische Akteure im Allgemeinen vertrauenswürdig macht (für einen Überblick über die allgemeine Literatur zum Thema politisches Vertrauen siehe Levi und Stoker, 2000). Diese Literatur hebt die Bedeutung von Kompetenz und Moral von Amtsinhabern und Bürokraten hervor. Während Klimapolitiker:innen wahrscheinlich nicht die Macht haben, die Art und Weise zu reformieren, wie die Bürokratie des Landes insgesamt rekrutiert und zur Rechenschaft gezogen wird, könnte die Einhaltung hoher moralischer und professioneller Standards in ihren eigenen Ministerien die Vertrauenswürdigkeit der Klimapolitiker erhöhen.

Demgegenüber kann eine Wahrnehmung hoher Korruption politisches Misstrauen bedingen (Davidovic & Harring 2020). Es gibt Möglichkeiten, die Verbreitung von Korruption in klimaspezifischen Kontexten zu verringern. Wenn Klimapolitik beispielsweise das öffentliche Beschaffungswesen betrifft, kann Korruption durch einen transparenten und offenen Beschaffungsprozess verringert werden. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen weisen ausserdem darauf hin, dass die Einbindung von Bürger:innen in den Beschaffungsprozess Korruption verringern kann.

Eine breite Bürger:innenbeteiligung kann auch andere Komponenten des politischen Vertrauens verbessern. Bürger:innen nehmen Klimapolitik als legitimer wahr, wenn die Zivilgesellschaft in die Politikgestaltung einbezogen wird (Bernauer und Gampfer 2013). Die Delegation von Teilen der Klimapolitik an betroffene lokale Gemeinschaften kann auch dazu beitragen,

skeptische Bürger:innen von der langfristigen Glaubwürdigkeit einer Politikmassnahme zu überzeugen (Gazmararian und Tingley 2023). Schliesslich sollten Regierungen darauf hinarbeiten, Klimagesetze zu verabschieden, die in künftigen Wahlzyklen schwerer zu kippen sind (Gazmararian und Tingley 2023).

Insgesamt gibt es also Möglichkeiten, Klimapolitik vertrauenswürdiger zu gestalten, in der Hoffnung, dass dadurch das politische Vertrauen der Bürger:innen gestärkt wird.

#### Schlussfolgerung

Dieser Bericht unterstreicht die Bedeutung des politischen Vertrauens für die öffentliche Akzeptanz von Klimapolitik. Da Klimapolitik immer in irgendeiner Form mit staatlichen Eingriffen verbunden ist, werden die Bürger:innen sie eher unterstützen, wenn sie von der Regierung erwarten, dass sie die Politikmassnahmen in einer Weise auswählt und umsetzt, die fair, kompetent, frei von Korruption, legitim und langfristig glaubwürdig ist. Es kann zwar schwierig sein, das Vertrauen in die Regierung als Ganzes zu stärken, aber diejenigen, die Klimapolitik betreiben, können sich bemühen, vertrauenswürdiger zu werden, indem sie zum Beispiel die Beteiligung der Bürger:innen und der Zivilgesellschaft am Prozess der Politikgestaltung und -umsetzung erhöht.

---

**Basierend auf:**

- Mares, I., Scheve, K. & Toenshoff, C. (2024) Compensation, Beliefs in State Intervention, and Support for the Energy Transition. (Accepted, Comparative Political Studies, link to accepted version: German_Energytransition_Paper_2024.pdf (dropbox.com))

**Referenzen:**


- Bernauer, T., & Gampfer, R. (2013). Effects of civil society involvement on popular legitimacy of global environmental governance. *Global Environmental Change*, *23*(2), 439-449.
- Davidovic, D., & Harring, N. (2020). Exploring the cross-national variation in public support for climate policies in Europe: The role of quality of government and trust. *Energy Research & Social Science*, *70*, 101785.
- Edenhofer, J. & Genovese, F. (2024) PPRNet Brief *When and Why Compensation Can Unlock The Green Energy Transition*
- Fairbrother, M. (2017). Environmental attitudes and the politics of distrust. *Sociology Compass*, 11(5), e12482.
- Fairbrother, M. (2019). When will people pay to pollute? Environmental taxes, political trust and experimental evidence from Britain. *British Journal of Political Science*, 49(2), 661-682.
- Fairbrother, M., Sevä, I. J., & Kulin, J. (2019). Political trust and the relationship between climate change beliefs and support for fossil fuel taxes: Evidence from a survey of 23 European countries. *Global Environmental Change*, *59*, 102003.

- Gazmararian, A. F., & Tingley, D. (2023). *Uncertain futures: How to unlock the climate impasse*. Cambridge University Press.
- Hammar, H., & Jagers, S. C. (2006). Can trust in politicians explain individuals' support for climate policy? The case of CO2 tax. Climate Policy, 5(6), 613-625.
- Levi, M., & Stoker, L. (2000). Political trust and trustworthiness. *Annual review of political science*, *3*(1), 475-507.


---

**Bild:** unsplash.com